

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Thema Islamunterricht in Schulen stand im Mittelpunkt der Diskussionen, die im Rahmen der dritten Islamkonferenz im März geführt wurden. Auch im Zusammenhang mit der Integrationsdebatte geht es immer wieder um die Bedeutung der Schule für die Teilhabe von Migranten in der Gesellschaft – für uns Anlass, dem Thema in dieser Ausgabe des Newsletters besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

In einem Hintergrundtext informiert der Islamwissenschaftler Michael Kiefer über den Stand der Debatten um die Einführung eines deutschsprachigen Islamunterrichts. Er zeigt die unterschiedlichen Positionen und Interessen auf, die sich dabei gegenüber stehen.

In einem Praxisbericht beschreibt der Theaterpädagoge Yilmaz Atmaca seine Erfahrungen in einem Projekt an einer Berliner Gesamtschule. Die Herausforderungen, denen er in einer siebten Klasse begegnet, sind nicht untypisch für den Unterricht in vielen Schulen. Daher

haben wir uns eine neue Broschüre näher angeschaut, die sich mit der Situation von muslimischen Jugendlichen beschäftigt und Tipps für den schulischen Alltag geben soll.

Interessant für die Bildungsarbeit sind auch allgemeinpolitische Debatten unter Muslimen in Deutschland. Unter anderem dokumentieren wir Positionen zum Besuch von Angela Merkel in Israel, zur Nakba und zu Visionen konservativ-islamischer Organisationen über die Zukunft der Muslime in Europa. Außerdem informieren wir über Ammar 114, Heiratsbörsen und islamisch korrekte Ernährung – im Mittelpunkt stehen hier Fragen junger religiöser Muslime, die ihre Rolle in der deutschen Gesellschaft suchen.

Zu guter Letzt gibt es zwei Neuerungen: Ab sofort finden Sie in jeder Ausgabe einen Kommentar rund um das Thema "Junge Muslime in Deutschland", geschrieben von einem jungen Muslim oder einer jungen Muslimin. Dabei geht es uns ausdrücklich um kontroverse Positionen – schließlich sollen Konflikte und Meinungsverschiedenheiten nicht kaschiert, sondern offengelegt und ausgetragen werden.

Neu ist auch die Rubrik „Porträt“: Hier stellen wir Personen oder Institutionen vor, die in den Auseinandersetzungen um Migration und Islam kaum zu Wort kommen, obwohl sie sehr viel zu sagen hätten. In dieser Ausgabe: Orhan Bekyigit, der sein Hobby, die Mitarbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr, zum Beruf gemacht hat und schon seit einiger Zeit dafür wirbt, mehr Migranten für die Arbeit in zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zu gewinnen. Schließlich, so erklärt er, sei ehrenamtliches Engagement ein Zeichen dafür, dass man sich der Gesellschaft verbunden fühlt.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Götz Nordbruch und Jochen Müller

EDITORIAL	1
1. KOMMENTAR	2
2. HINTERGRUND	3
Islamunterricht in Schulen	
3. MUSLIMISCHE, ARABISCHE UND TÜRKISCHE STIMMEN	5
Jahrestag der „Nakba“, Muslime in Europa, Ammar 114, Halal & Haram, Partnersuche	
4. PORTRÄT	17
Feuerwehrmann Orhan Bekyigit	
5. MATERIALIEN	19
NRW-Broschüre	
6. BERICHT AUS DER PRAXIS	21

1. KOMMENTAR

Mit viel Mühe haben sich türkischstämmige Frauenrechtlerinnen einen Platz in der Öffentlichkeit erkämpft. Vielen gelten sie als Sprachrohr junger muslimischer Frauen. Doch innerhalb der türkisch-islamischen Community werden sie eher irritiert zur Kenntnis genommen, schreibt Ikbal Kiliç in ihrem Kommentar. Role-models seien sie für junge Frauen jedenfalls nicht.



Ikbal Kiliç

Kiliç ist Chefredakteurin der interkulturellen Zeitschrift mik-Ses. Zuvor war sie als Pressesprecherin des islamischen Ver-

bands DITIB tätig. Die 26-jährige Kölnerin gehört zur „zweiten Generation“ der Einwanderer aus der Türkei.

„Ansprache ohne Adressatinnen“

von Ikbal Kiliç

Das vorherrschende Bild von muslimischen Frauen in Deutschland ist erbärmlich: Sie werden gezwungen, sich in familiär-patriarchale Strukturen einzufügen und sind beständig unterdrückt. In der öffentlichen Diskussion um diesen parallelgesellschaftlichen Zustand stehen sich, auch im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz (DIK), v.a. so genannte Frauenrechtlerinnen und konservative Islamverbände gegenüber – zwei verhärtete Positionen. Beide beanspruchen für sich, Wortführer der muslimischen Frau zu sein. Während die Verbände ihren Kontrahentinnen vorwerfen, ihre Herangehensweise und Kritik sei nicht differenziert genug, machen die „Vertreterinnen der säkularen Muslime“ die Verbände und den Islam für

vorhandene Integrationsdefizite verantwortlich. Dabei findet die Diskussion zwischen beiden Parteien meist auf medialer Bühne statt und wird durch Selbstinszenierungen der Beteiligten überschattet.

Bei aller Kritik an den Islamverbänden kommt diesen Organisationen für junge konservative Muslime eine identitätsstiftende Rolle zu. Im Gegensatz dazu haben es Necla Kelek und Co. bisher nicht geschafft, unter jungen Musliminnen als *role-models* anzukommen. Auch wenn sie in der nicht-muslimischen Öffentlichkeit gern als solche gehandelt werden – von jungen Deutsch-Türkinnen werden sie nicht als Vertreterinnen ihrer Interessen angesehen.

So traf das Angebot des deutsch-türkischen Schriftstellers Feridun Zaimoglu, seinen Platz in der DIK für eine Frau mit Kopftuch zu räumen, den Kern des aktuellen Konflikts. Denn seine Kritik, dass vor allem *über*, aber nicht *mit* Musliminnen gesprochen wird, ist durchaus berechtigt.

Auch in den teils hitzig geführten Debatten um Moscheebauten, Parallelgesellschaften und Sprachdefizite ergreifen die Frauenrechtlerinnen das Wort. Dabei verdeutlichten ihre Beiträge nicht selten, dass sie sich mit der Materie kaum auskennen. Die Situation von muslimischen Frauen dient hier eher dazu, bestehende Integrationsprobleme mit vorgefertigten Thesen zu erklären.

Ein Beispiel: Im Streit um den „Aleviten-Tatort“ meldete sich Frau Kelek zu Wort, um uns über die Hintergründe der Debatte aufzuklären. In einem sich vor allem durch Unkenntnis auszeichnenden Beitrag bestätigte sie dabei in der *taz* das Klischee vom Inzest in alevitischen Familien. Alevitische Frauen seien der willkürlichen sexuellen Gewalt ihrer Männer ausgeliefert, schrieb sie mit Verweis auf einen türkischen Autoren. Prompt wurde Keleks Statement von diversen Medien aufgegriffen – nicht ohne dabei die realen sozialen und politischen Probleme zu relativieren, mit denen Aleviten konfrontiert sind.

Die Kritik von Kelek und Co., dass die Verbände sich der sozialen Realität der Muslime

verschließen würden, ist zum Teil sicherlich berechtigt. Doch unter jungen Musliminnen stoßen die vermeintlichen Frauenrechtlerinnen kaum auf Anerkennung. Wenn sie den Islam als „primitiv“ und „verfassungswidrig“ beschreiben, dann richtet sich diese Aussage schließlich auch gegen die Adressatinnen selbst: Junge Musliminnen sind, so wird hier suggeriert, tendenziell demokratiefeindlich und Opfer des Patriarchats. Folglich finden diese Frauenrechtlerinnen kein Gehör unter den von ihnen denunzierten Frauen.

Die so genannten Vertreterinnen der säkularen Muslime haben sich entschieden, auf der sicheren Seite zu bleiben, indem sie sich im ständigen Eifer medienwirksam gegen die Islamverbände positionieren. Damit verspielen sie die Möglichkeit in die Community hineinzuwirken und jungen Musliminnen als Vorbilder zu dienen.

2. HINTERGRUND

„Islamischer Religionsunterricht – Voraussetzungen, Barrieren und Fragen“

von Michael Kiefer

Seit fast drei Jahrzehnten wird nun bereits über islamischen Religionsunterricht an Schulen diskutiert. Dennoch war es bis heute in keinem Bundesland möglich, einen ordentlichen islamischen Religionsunterricht einzuführen. Lediglich Modellversuche, die nur wenige muslimische Schülerinnen und Schüler erreichen, gibt es in einigen Bundesländern – darunter Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Ursache für diesen insbesondere aus



mikses – Magazin für Interkulturelles heißt die Zeitschrift, für die İkbal Kiliç arbeitet. „Wir stehen nicht für eine Leid-Kultur, denn wir sind weder Integrationsbeauftragte noch Gutmenschen“, heißt es in der Selbstdarstellung. „Genauso wenig stehen wir für eine Leit-Kultur, denn Deutschland ist vielfältig, nicht einfältig.“ Kurz: Dem Magazin geht es darum, „die politische Kultur in Deutschland neu zu interpretieren.“

mikses wurde jüngst mit dem LeadAwards 2008 in der Kategorie „Newcomer des Jahres“ ausgezeichnet. ([Hier](#) geht es zur Website.)

muslimischer Perspektive unbefriedigenden Sachverhalt ist eine sehr komplexe Problemlage, zu deren Auflösung langwierige Aushandlungsprozesse zwischen Staat und Muslimen erforderlich sind.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht an staatlichen Schulen sind in Art. 7, Abs. 3 GG festgehalten:

„Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“

Folgt man der Auffassung der Islamkonferenz, bzw. deren Arbeitsgruppe „Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis“, dann ist der im Grundgesetz geforderte Religionsunterricht keine „bloße vergleichende Religionskunde“ sondern soll in „konfessioneller Gebundenheit“ unterrichtet werden. Dies bedeutet nicht nur, dass die Inhalte des Religionsunterrichts mit den Grundsätzen der jeweiligen Religionsgemeinschaft übereinstimmen müssen: „Vielmehr sind diese Grundsätze durch die jeweilige Religionsgemeinschaft selbst festzulegen, da die

Behörden des religiös-weltanschaulich neutralen Staates dazu keine Befugnis haben.“ (1) Über diese Festlegung der Grundsätze hinaus haben die Religionsgemeinschaften auch das Recht, zu entscheiden, ob eine Lehrkraft Religionsunterricht in ihrem Namen erteilen darf. (2)

Die entscheidende Frage lautet nun, was eine Religionsgemeinschaft ist. Und genau hier beginnt der Dissens zwischen Staat und organisiertem Islam in Deutschland. Folgt man der Rechtsprechung der vergangenen Jahre, dann ist der Verfassungsbegriff der Religionsgemeinschaft durch vier Merkmale geprägt: 1. „Eine Religionsgemeinschaft umfasst – mit Besonderheiten für Dachverbandsorganisationen – natürliche Personen.“ 2. Sie verfügt über ein Minimum an organisatorischer Struktur, d. h. mehrere Personen müssen sich verbunden haben, um sich für längere Zeit der Religionsausübung zu widmen. 3. „Gegenstand der Religionsgemeinschaft ist die Pflege eines gemeinsamen Bekenntnisses.“ 4. „Von religiösen Vereinen unterscheiden sich Religionsgemeinschaften dadurch, dass sie der umfassenden Erfüllung der durch das religiöse Bekenntnis gestellten Aufgaben dienen.“ (3)

Unisono vertreten nun alle Bundesländer bisher die Ansicht, dass die islamischen Verbände zentrale Erfordernisse einer Religionsgemeinschaft nicht erfüllen. Als sehr problematisch gilt z. B. die Auffassung von Mitgliedschaft, die einige Verbände vertreten: Gezählt werden in der Regel die zumeist männlichen Besucher des Freitagsgebets, die mit dem Faktor 5 (für die Familie) multipliziert werden. Da der Religionsunterricht für die konfessionsangehörigen Schülerinnen und Schüler als Pflichtfach zu erteilen ist, bedarf es jedoch eindeutiger Regelungen über die Mitgliedschaft in einer Religionsgemeinschaft.

Als problematisch erweist sich auch der Umstand, dass Programmatik und Zielrichtung einiger großer Organisationen in erheblichem Maße Interessen der ursprünglichen Heimatländer widerspiegeln. Sehr deutlich zeigt sich dies bei der *Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (Diyanet İşleri*

Türk İslam Birliği). Die *DITIB* ist die mit Abstand größte Organisation der Muslime in Deutschland. Wie bereits der türkische Vereinsname erkennen lässt, steht der Verband in enger Beziehung zum *Diyanet İşleri Başkanlığı (DİB)*, dem Präsidium für Religionsangelegenheiten, das in direkter Linie dem türkischen Ministerpräsidenten unterstellt ist. Die Einflussnahme des türkischen Staates auf die deutschen *DITIB*-Gemeinden widerspricht dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates. Aus Sicht der deutschen Kultusbehörden kann *DITIB* daher kaum als Kooperationspartner des Staates für einen islamischen Religionsunterricht in Erscheinung treten.

Weitere Probleme gibt es mit der so genannten Verfassungstreuepflicht. So im Fall der *IGMG*: Die aus der türkischen *Milli-Görüş*-Bewegung hervorgegangene Organisation gehört dem *Islamrat* an und ist die mit Abstand größte Mitgliedsorganisation dieses Dachverbands. Seit geraumer Zeit steht die *IGMG* unter Islamismusverdacht und wird von den Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes beobachtet. Grundsätzlich gilt hier, dass der Staat es nicht hinnehmen könnte, wenn Inhalte eines wertevermittelnden Religionsunterrichts durch eine Religionsgemeinschaft bestimmt würden, die grundlegende Verfassungsprinzipien in Frage stellt.

Neben solchen Problemen hinsichtlich möglicher Ansprechpartner gibt es offene Fragen zu den unterschiedlichen Konfessionen und der Zielsetzung eines islamischen Religionsunterrichts. Unklar ist z. B., wieviele islamische Religionsunterrichte denn eingeführt werden sollen. Werden Sunniten, Schiiten und Aleviten gemeinsam unterrichtet oder wird es zwei oder drei *islamische Religionsunterrichte* geben? Im Rahmen der Schulversuche zeichnen sich zwei verschiedene Modelle ab: In Baden-Württemberg werden seit dem Schuljahr 2006/2007 in Schulversuchen die Fächer *islamische Religionslehre* für sunnitische und schiitische sowie *alevitisches Religionslehre* für alevitische Schülerinnen und Schüler erteilt. Bayern, Nordrhein-

Westfalen und Hessen wollen diesem Beispiel folgen und werden mittelfristig ebenfalls einen eigenständigen *alevitischen Religionsunterricht* anbieten. Andere Wege geht das Bildungsministerium in Schleswig-Holstein. Dort hat man sich im Rahmen eines Schulversuchs für einen islamischen Einheitsunterricht entschieden, der als *islami-*

lich auch an Schülerinnen und Schüler, die nicht wissen, dass sie Muslime sind und soll „muslimische Glaubensbereitschaft“ anbahnen. (4) Mit dieser Zielsetzung bewegt sich der Religionsunterricht im klassischen Aufgabenbereich von Familien- und Gemeindeerziehung. Grundsätzlich problematisch ist dabei der „binnenmissionarische“ Anspruch

eines staatlich verantworteten Unterrichtsangebots. So wäre zu fragen, ob eine faktische Missionierung religionsferner Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines staatlichen Pflichtunterrichtes erwünscht ist.

Angesichts dieser vielschichtigen Problemlage ist mit der anzustrebenden flächendeckenden Einführung eines islamischen Religionsunterrichts so schnell nicht zu rechnen. Zum einen sind wesentliche Voraussetzungen dafür auf muslimischer Seite noch nicht erfüllt. Darüber hinaus bedarf es klarer Präzisierungen

bezüglich der Zielsetzungen eines islamischen Religionsunterrichts. All dies wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

(1) BMI – Deutsche Islamkonferenz (DIK): Zwischen-Resümee der Arbeitsgruppen und Gesprächskreis. Vorlage für die 3. Plenarsitzung der DIK, 13. März 2008 Berlin, Anlage 2, S. 19.

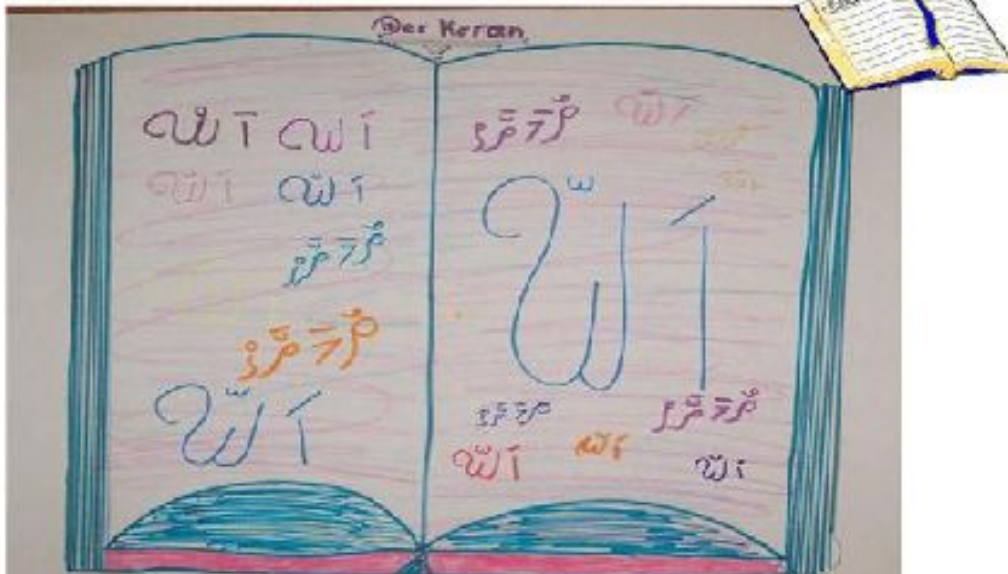
(2) Ebd., S. 20, 27.

(3) Ebd., S. 20.

(4) Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus: Fachlehrplan für den Schulversuch Islamunterricht an der bayerischen Grundschule. Genehmigt mit KMS vom 12. Juli 2004, S. 2.

Dr. Michael Kiefer ist Islamwissenschaftler im Projekt „Mobilisierung von Religion in Europa“ an der Universität Erfurt.

Unterrichtsmaterialien



Multimedia-Präsentation der umstrittenen, aber als Religionsgemeinschaft anerkannten Islamischen Föderation in Berlin über den Islamunterricht, den sie dort seit 2001 anbietet

scher Religionsunterricht seit dem Schuljahr 2007/2008 in ausgewählten Grundschulen angeboten wird.

Klärungsbedarf besteht auch bei den grundlegenden Zielen eines islamischen Religionsunterrichts. Zu welchem Zweck wird an staatlichen Schulen Religionsunterricht erteilt und wie unterscheidet sich dieser von der religiösen Erziehung in der Familie und Gemeinde?

Hier bewegt sich die Debatte seit geraumer Zeit in einem diffusen Feld: Im Einklang mit den christlichen Kirchen fordert ein Teil der islamischen Verbände einen Religionsunterricht, der Schülerinnen und Schüler zur Religion und einer intensiven Glaubenspraxis hinführt. In Erlangen entspricht der Modellversuch Islamunterricht diesem Anliegen bereits: Der Unterricht richtet sich ausdrück-

3. MUSLIMISCHE, ARABISCHE UND TÜRKISCHE STIMMEN

60 Jahre Israel, 60 Jahre Nakba

Wenn in diesen Wochen der 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels gefeiert wird, erinnern sich viele Palästinenser an die „Nakba“, die Katastrophe von Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat. Für sie begann vor 60 Jahren eine bis heute andauernde Geschichte von Flucht und Migration. Die Erinnerung daran geben viele von ihnen auch an ihren neuen Wohnorten an Kinder und Enkel weiter – als Erinnerung an eine verlorene Heimat, die umso gewichtiger erscheint, je schwieriger sich der Prozess der Integration in der neuen Heimat gestaltet. So fordern in Deutschland lebende Palästinenser daher immer wieder, auch das an ihnen verübte Unrecht anzuerkennen.

Vor diesem Hintergrund fand der Israel-Besuch von Kanzlerin Merkel sowohl in arabischen Medien als auch unter deutschen Arabern große Beachtung. Angesichts israelischer Militäroperationen im Gazastreifen richtete sich eine Reihe von palästinensischen Vereinen und Gemeinden im Vorfeld des Besuchs mit ei-

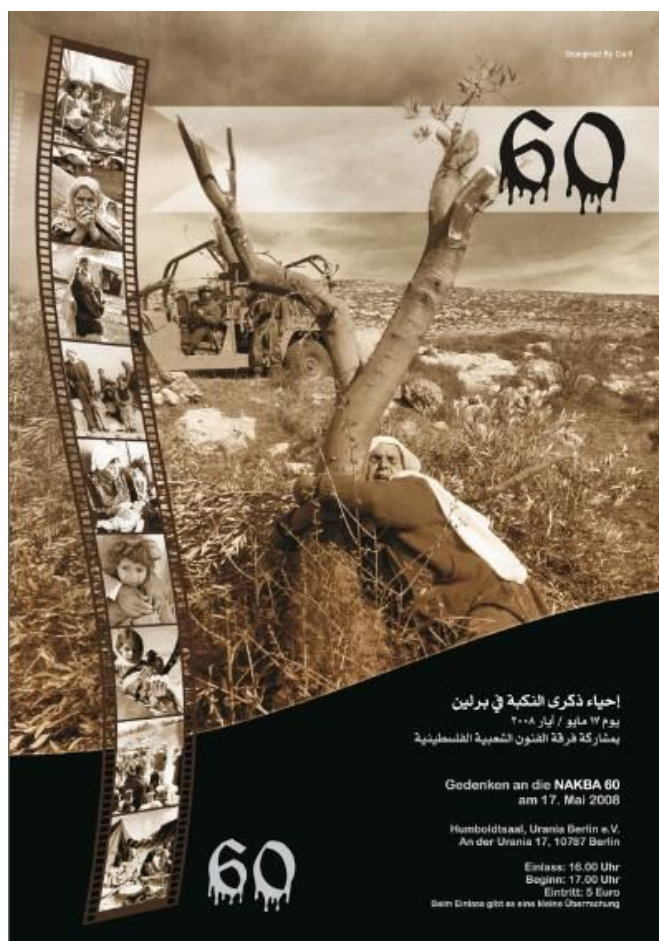
nem offenen Brief ([hier](#)) an die Bundeskanzlerin. Der beginnt so:

„Wir sind stolz, in einem Land zu leben, in dessen Grundgesetz es heißt: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.‘“ In der Folge listen die in Deutschland lebenden Palästinenser auf, wie ihrer Meinung nach in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten die Würde der dort lebenden Menschen verletzt werde: Die Rede ist dabei von der Grenzmauer als „perfidem Monstrum“, von „genozidaler Politik der Landannektierung, Vertreibung und ethnischer Säuberung“. Permanent müsse „die palästinensische Bevölkerung Schikanen, Erniedrigungen, Entwürdigungen“ an den israelischen Checkpoints über sich ergehen lassen. „Massaker, Misshandlungen und Entführungen“ gehören zum Alltag.

Merkel wird schließlich dazu aufgefordert, sich in Israel dafür einzusetzen, dass auch die palästinensische Bevölkerung „ein Leben in Achtung und Würde“ führen könne.

Angekommen ist dieser Brief deutscher Palästinenser an die Bundeskanzlerin offenbar nicht. Denn, so berichtete der arabische Satellitenkanal *Al-Arabiya* wenig später, Merkel habe in ihrer Rede vor der Knesset viel von einer „deutschen Scham“ gegenüber den Ju-

den gesprochen, aber kein Wort über die anderen Opfer des Nationalsozialismus verloren. Als Beispiel nennt *Al-Arabiya* die über



Veranstaltung zum Jahrestag der Nakba in Berlin

20 Millionen Sowjetbürger, die von Deutschen getötet wurden.

Merkels Haltung ist aus dieser Sicht umso unverständlicher, als Israel „gleichzeitig seine Angriffe auf palästinensische Zivilisten, auf Kinder, Frauen und Alte“, fortsetze. Israel, so fügt der auch in der Zeitung *Al-Hayat* erschienene Beitrag hinzu, instrumentalisieren den Holocaust für seine Zwecke. So werde jeder offizielle Besucher erst einmal an die Holocaust-Gedenkstätten geführt, damit er dort Blumen niederlegen und der jüdischen Opfer gedenken könne. Ironisch heißt es dazu: „Vielleicht ist es ja unsere edle arabische Moral, die es uns gebietet, dass wir uns bei den westlichen Offiziellen entschuldigen, wenn sie unsere Länder besuchen, statt von ihnen zu fordern, dass sie sich für die an unseren Völkern begangenen Verbrechen entschuldigen!“ ([hier](#))

Weitaus radikaler formuliert ein Kommentar zum gleichen Thema auf der arabischen Internetseite der ägyptischen Muslimbruderschaft: Von „blindem Gehorsam“ Merkels gegenüber dem „zionistischen Gebilde“ und der „Entschuldigung für ein Hirngespinnst“ ist hier die Rede. Überhaupt seien die Beziehungen zwischen Deutschland und „dem hebräischen Staat“ demnach ganz besondere: Genannt werden unter anderem „hunderte Milliarden Dollar“ finanzieller Wiedergutmachung, die Israel von Deutschland bekommen habe. Außerdem übe eine „jüdische Lobby“ in Deutschland „enormen Einfluss auf die Medien sowie die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungszentren“ aus – und zwar zum Wohle Israels. ([hier](#))

Was mit dem „Hirngespinnst“ gemeint ist, weiß auch der spirituelle Mentor der libanesischen *Hizbullah* Scheich Fadlallah. Anlässlich Merkels Besuch in Israel erklärte er: „Unter Verweis auf die Hitlerzeit und den Holocaust plündert dieser Besatzerstaat (Israel) Deutschland immer noch aus. Dabei versuchen die Zionisten, die Zahl der getöteten Juden ins Phantastische zu steigern“. Auch Fadlallah kritisiert, dass Merkel viel über die Geschichte rede, Israels Vorgehen gegen die Palästinenser und Libanesen, das er als „weiteren Holocaust“ bezeichnet, je-

doch nicht angesprochen habe. Dies führt er darauf zurück, dass der Westen „nicht über das geringste menschliche Gefühl dafür verfügt, was mit den arabischen und islamischen Völkern“. ([hier](#))

Fadlallah spricht damit einem bedeutenden Teil der arabischen Öffentlichkeit aus der Seele – wird hier doch immer wieder kriti-



Islam-Online über eine Berliner Kundgebung gegen die israelischen Militärationen in Gaza

siert, dass die Weltöffentlichkeit die Augen vor dem Unrecht verschließe, das Israel den Palästinensern antue. In einer Art „Opferkonkurrenz“ versuchen solche Stimmen, jüdisches und palästinensisches Leid gegeneinander auszuspielen: Die deutsche Vernichtungspolitik gegenüber Juden wird banalisiert, das israelische Vorgehen gegenüber den Palästinensern dagegen dämonisiert.

Ein eindringliches Beispiel für eine solche Sichtweise bietet derzeit das populäre Internet-Portal *Islam-Online*: In einem eigens eingerichteten virtuellen „Palästinensischen Holocaustmuseum“ wird hier eine Galerie von Fotos präsentiert, die bei israelischen Angriffen getötete Kinder zeigen. Dokumentiert werden soll auf diese Weise das Ausmaß des „neuen Holocaust“, der von Israel in Gaza begangen werde. ([hier](#))

Moderatere Töne schlägt dagegen ein auf der englischsprachigen Seite der Muslimbruderschaft veröffentlichter Beitrag über die Hamas an. Anders als die arabischsprachigen Texte richtet sich dieser ausdrücklich an ein westliches Publikum. Auch hier wird kriti-

siert, dass die Palästinenser von den westlichen Medien nicht etwa Unterstützung und Solidarität erhielten, sondern selbst angegriffen würden – unter anderem mit dem Vorwurf, „anti-jüdisch“ zu sein. Während jedoch die israelischen Medien alles tun würden, um die Ereignisse von 1948 zu leugnen oder zu entschuldigen, würden weder die Hamas noch die palästinensische Regierung den Holocaust leugnen, heißt es in diesem Beitrag. Der Holocaust würde von der Hamas vielmehr „als eines der abscheulichsten Verbrechen in der modernen Geschichte“ verurteilt. Außerdem sei für die Hamas klar, dass es sich bei dem Konflikt mit Israel nicht um einen religiösen Konflikt handele: „Die Juden sind für uns das Volk eines heiligen Buches, das in europäischen Ländern verfolgt wurde. Immer wenn sie fliehen mussten, boten ihnen muslimische und arabische Länder Zuflucht (...) und viele von ihnen hatten führende Stellungen in muslimischen Ländern inne.“

Nach beinahe einem Jahrhundert „zionistischer und rassistischer Unterdrückung“ fiele es jedoch vielen Palästinensern schwer, sich vorzustellen, dass „einige ihrer Unterdrücker die Söhne und Töchter derer sind, die selbst einmal unterdrückt und massakriert worden sind“, heißt es weiter.

Der Beitrag schließt mit einem Appell an Deutschland und die Europäer: „Die Europäer tragen eine unmittelbare Verantwortung dafür, was den Palästinensern heute ge-

schieht. Großbritannien war die Mandatsmacht, die Palästina der israelischen Besatzung überließ. Nazi-Deutschland verübte die schrecklichsten Verbrechen an den Juden und zwang die Überlebenden, zu ihrer Sicherheit nach Palästina auszuwandern.

Deshalb erwarten wir von den Europäern, dass sie ihre geschichtlichen Verbrechen sühnen, indem sie wieder etwas Ausgewogenheit in

die unmenschlichen und einseitigen internationalen Reaktionen auf die Tragödie unseres Volks bringen.“ ([hier](#))



"Palästinensischer Holocaust": Internet-Portal Islam-Online

Konservative Muslime zum Thema „Islam in Europa“

Vor allem unter konservativen Muslimen wird das Verhältnis zur nicht-islamischen Gesellschaft oft kontrovers diskutiert. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, an welchen Werten und Normen sich Muslime in Deutschland orientieren sollen: An jenen der deutschen Mehrheitsgesellschaft oder an solchen, die von religiösen Gelehrten propagiert werden, die zum Teil in den Herkunftsländern der muslimischen Einwanderer wirken? Einige Organisationen wie die *Muslimische Jugend in Deutschland (MJD)* oder *Inssan e.V.* aus Berlin suchen in dieser Frage einen Mittelweg: Sie vertreten in Deutschland und als deutsche Muslime einen

durchaus konservativen Islam, den sie als Bestandteil der deutschen Gesellschaft integrieren wollen. Hier sehen sie schon lange ihre Zukunft – und nicht in den Herkunftsländern ihrer Eltern oder Großeltern.

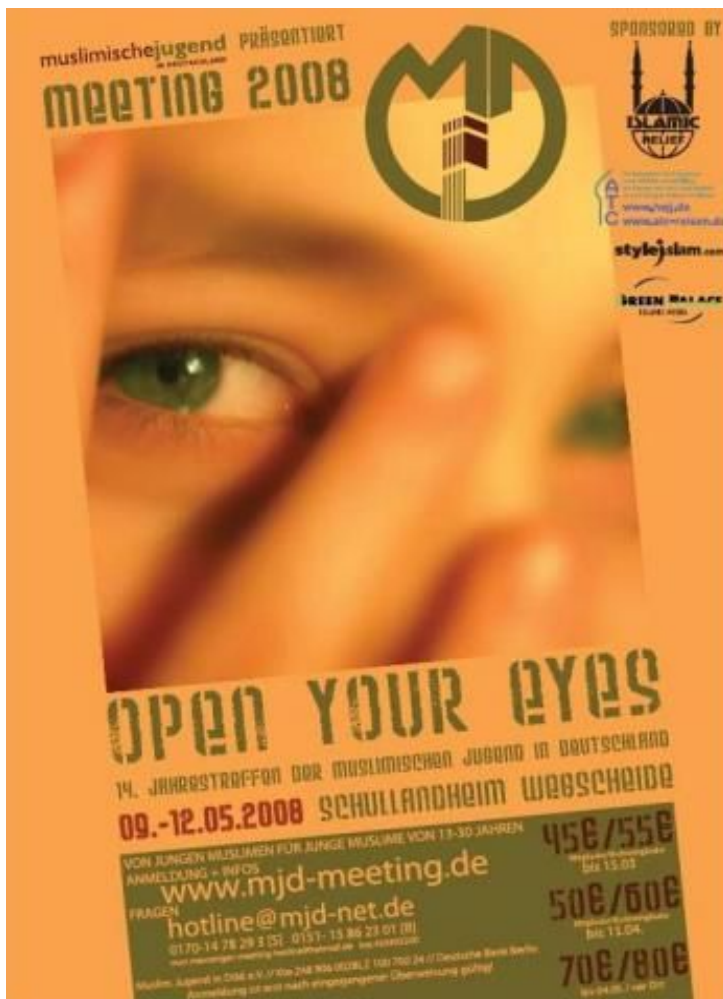
Diese Sichtweise brachte jüngst der Imam des *Islamischen Kulturzentrums für religiöse Aufklärung (IKRA)* in Berlin, Anwar Abd al-Salam al-Kobti, zum Ausdruck. In einem Gespräch mit der arabischsprachigen Berliner Zeitschrift *al-Dalil* bemängelte Kobti die

die Muslime endlich als muslimische Deutsche definieren.

Ansonsten mache man sich schwächer, als man sei, meint Kobti und fügt an: „Ich habe Angst, dass sich dieses Abkapseln in den folgenden Generationen der Muslime fortsetzt und dazu beiträgt, dass Hass entstehen kann. Schauen sie sich die zweite und dritte Generation der Türken an: Sie sind weder Türken noch Deutsche. Für die einheimische Bevölkerung sind sie Fremde und auch für die Türken (in der Türkei) kommen sie aus der Fremde – deshalb beobachtet man in dieser Generation so viele gesellschaftliche ‚Krankheiten‘.“

Gerade für Kinder und Jugendliche werfe das Festhalten an der ethnischen Herkunft der Eltern Probleme auf. Man solle, so Kobti, der arabischen oder türkischen Herkunft daher nicht soviel Gewicht beimessen: „Hört auf, die Kinder zum Arabischlernen zu zwingen. So sehr wir auch versuchen, den Kindern Arabisch beizubringen, wird es ihnen doch fremd bleiben. (...) Die Kinder sollen die islamische Religion in deutscher Sprache lernen, denn diese Sprache verstehen sie besser als die arabische. Ich sage nicht, dass Arabisch-Schulen nicht auch von Nutzen sein können, denn Gott würdigt jede Mühe – ich halte den Nutzen allerdings für gering.“ ([hier](#))

Islamische Gelehrte wie der Schweizer Tariq Ramadan und der auch in Deutschland populäre TV-Prediger Amr Khaled aus Ägypten teilen diese Kritik. Auch sie plädieren für eine aktive Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben in Europa jenseits traditionalistischer Bezüge und machen sich stark für die Entwicklung eines Selbstverständnisses als europäische Muslime. Dabei orientieren sich viele dieser explizit religiösen Organisationen und Strömungen an Positionen wie sie der bei jungen Muslimen populäre Gelehrte Yusuf al-Qaradawi vertritt. Als Vorsitzender des Europäischen Fatwa-Rates ist Qaradawi maßgeblich an den Debatten um das „fiqh al-aqalliyat“ beteiligt, d.h. um die Geltung des islamischen Rechts dort, wo Muslime in der Minderheiten sind.



Einladung zum MJD-Meeting im Mai 2008

fehlende Bereitschaft vieler islamischer Verbände, ihre Lehren an die Situation der Muslime in Europa anzupassen. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch Vereine, deren Selbstverständnis sich vor allem aus ihrer arabischen oder türkischen Herkunft ableite. Anstatt sich als türkische oder arabische Deutsche zu begreifen, sollten sich

Auch Qaradawi plädiert für die gesellschaftliche Partizipation der Muslime in Europa und bekennt sich zu einem friedlichen Zusammenleben mit Nicht-Muslimen. Dabei betont er allerdings zwei Dinge: Erstens, dass es gerade in nicht-islamischen Gesellschaften wichtig sei, die islamische Identität zu pflegen und eine islamische Erziehung der Kinder zu gewährleisten.



Der ägyptische Prediger Amr Khaled in der Sendung "Sunna' al-Hayat" des TV-Senders Iqra

Qaradawi geht soweit, dass er vor einer Heirat mit nicht-muslimischen Frauen im Westen warnt. Zweitens sei es nach Ansicht Qaradawis die Pflicht eines jeden Muslims im Westen, sich für die Rechte der islamischen Gemeinschaft beispielsweise in Palästina, dem Irak oder in Tschetschenien einzusetzen und auch in Europa als, wie er es nennt, „ehrliche Rufer“ für den Islam zu werben. (Siehe dazu den Beitrag „Die Pflichten der Muslime, die im Westen leben“ auf *Islam-Online*. Zur Heirat mit nicht-muslimischen Frauen [hier](#).)

Gemeinsam ist all diesen muslimischen Stimmen, dass es ihnen um eine Islamisierung der Gesellschaften geht, in denen Muslime leben – nicht mit Gewalt und Zwang, sondern durch Überzeugungsarbeit. Solche Überzeugungsarbeit auch unter nicht-muslimischen Nachbarn zu leisten, ist demnach eine religiöse Pflicht aller Muslime in nicht-muslimischen Ländern.

Diesem Ziel dienen auch die Schriften des *Deutschen Informationsdienst über den Islam e.V. (DIDI)*, die sich ebenfalls auf Qaradawi berufen. Das Institut mit Sitz in Karlsruhe bietet viersemestrige Fernkurse,

in denen Muslime zu Da'is ausgebildet werden – das sind Werber, „die zum Islam einladen“. In den entsprechenden Lehrmaterialien

wird die Situation der Muslime in Europa mit der „mekkanischen Phase“ im Leben des Propheten Muhammads verglichen, als dieser die Verbreitung des Islam mit den Mitteln der Erziehung und des friedlichen Werbens vorbereitete:

„Die Zahl der Muslime wuchs von Tag zu Tag,

weil einerseits die Religion des Islams in Einklang mit der natürlichen Veranlagung des Menschen (fitra) ist und andererseits, weil jeder der damaligen Muslime richtig den Islam verkörperte und ein gutes Vorbild bezüglich Umgang mit anderen Menschen, Wahrhaftigkeit, des Sich-Haltens an die Anweisungen des Propheten (s.a.s.) und des geduldigen Ertragens von Unannehmlichkeiten auf dem Weg der Dawa [der „Einladung“ zum Islam] war, und dass sie nicht die Gewalt der Feinde des Islam erwiderten. Der Prophet (s.a.s.) hielt seine Gefährten an, von jeglicher Erwidern der Gewalt Abstand zu halten, damit nicht ein Kampf entsteht, dem die damaligen wenigen Muslime nicht standhalten konnten. Dieses Verhalten der Muslime und diese Weisheit waren es im Laufe der Jahrhunderte, welche die Nichtmuslime zum Islam brachten und so die Anzahl der Muslime anwachsen ließen.“

Aktive Überzeugungsarbeit und das gelebte Vorbild der Muslime sind demnach die Grundlage für die angestrebte Verbreitung des Islam auch in Europa. Aus dieser Sicht sind nicht nur das gesellschaftliche Engage-

ment und eine gelungene Integration der Muslime von besonderer Bedeutung – an erster Stelle steht vielmehr auch die Islamisierung der Muslime selbst:

„In Westeuropa leben viele Muslime in einer sog. Parallelgesellschaft, haben ein niedrigeres soziales Niveau, und sind gekommen, um vom Westen etwas zu haben (Geld, Wissen, Sicherheit) und nicht, um den Menschen etwas zu geben. Die meisten Muslime halten sich gar nicht an den Islam und so sieht Otto-Normalverbraucher auch keinen Grund, warum er Muslim werden sollte. Einige Wenige, die viel nachdenken und lesen, kommen zum Islam. Deswegen ist es unbedingt für die Dawa nötig, die muslimischen Minderheiten richtig zum Islam zu erziehen, damit sie ein Vorbild für die Nichtmuslime werden.“ (Samir Mourad, Islamische Geschichte, Karlsruhe, 2007, S. 399-400 – [pdf-Datei](#))

Die „grundsätzlichen Pflichten“ der Muslime in Europa werden in den Schriften des DIDI wie folgt zusammengefasst: „Gutes Zusammenleben, unter Bewahrung der islamischen Identität, Übermittlung der Botschaft des Islam“. (Samir Mourad, Thesenpapier: Muslime im Westen – die rechtlichen Grundsätze des Islam, Karlsruhe, S. 2 – [pdf-Datei](#))

Wenn sich also Vertreter dieses Spektrums ausdrücklich zur grundgesetzlichen Ordnung in Deutschland bekennen und zur Integration der Muslime in die deutsche Gesellschaft auffordern, so sind das auf der einen

Seite keine Lippenbekenntnisse. Auf der anderen Seite bleibt ihre Haltung gewissermaßen zweckgebunden: Ihr eigenes, konservatives Islamverständnis und die (friedliche) Verbreitung des Islam sind für sie die maßgebenden Kriterien. An diese, so das Credo, müssten sich letztlich alle „wahren Muslime“ halten.

(Eine kritische Analyse, die die Auswirkungen dieses Denkens auf andersdenkende und -lebende Muslime einbezieht, liefert die Studie „Aspekte der Demokratiegefährdung in Berlin-Mitte und Möglichkeiten der Intervention“ unter anderem am Beispiel des

Berliner Interkulturellen Zentrums für Dialog und Bildung/IZDB.)

Ammar 114: Gegen Ehrenmorde, Jugendgewalt und Terror

Um eine Kritik an Ehrenmorden, Jugendgewalt und Terror geht es in dem aktuellen Lied „Fuenf32“ von Ammar 114. In der Koransure 5, Vers 32, auf die der Titel anspielt, heißt es: „Wenn jemand einen Menschen tötet (...), so ist es, als hätte er die ganze Menschheit getötet. Und wenn jemand einem Menschen das Leben erhält, so ist es, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten.“

Der Münchener Rapper Ammar 114, der in Äthiopien geboren wurde und als junger Er-

HIER KÖNNT IHR IMMER WAS ERLEBEN!
Nur 20 Minuten von der City entfernt erwartet euch Europas größtes, gemeinnütziges Kinder-, Jugend- und Familienzentrum Die FEZ-Berlin bietet alles, was ihr auch wünscht: Kreatives Spiel, Spass und Erholung – für die ganze Familie!

OFFNUNGSZEITEN
AN WOCHENTAGEN: SA 13-18 UHR SO / FEIERTAG 10-18 UHR

SCHNITTMAL: FÜR WOHNENDE UND FEIERTAG 10-18 UHR

Assalamu Alaikum!
WAS WIR SCHON IMMER VON DEN ISLAM WISSEN WÜLLTEN...

FEZ-Berlin
Betrieben durch die KFZ-LG GmbH
An der Wuhlheide 307, 10410 Berlin
Fon 030-53 071-0
Fax 030-53 071-111

Reservierung für Gruppen
Fon 030-53 071-333
Reservierung@fez-berlin.de
www.fez-berlin.de

Ehrverhindungen:
S3 Wuhlheide, weiter zu Fuß
S8, S45, S46 Schöneweide, weiter Tram 43, 67
U5 Türopass, weiter mit Tram 27

Islamwoche "für die ganze Familie" in Berlin

wachsener zum Islam konvertierte, ist einer der bekanntesten Vertreter des deutschsprachigen HipHops mit explizit-islamischer Botschaft. ([Hier](#) geht es zu seiner Website.) Anfang Juni stellt er in Frankfurt sein neues Album vor.

Seine Stücke stehen exemplarisch für die Strömung des „Pop-Islam“, der sich in den letzten Jahren im Umfeld von Organisationen wie der *MJD* entwickelt hat. Charakteristisch für ihn ist die Aufforderung, sich als Muslim aktiv in die Gesellschaft einzubringen und den Islam als positiven Beitrag zur Gesellschaft zu leben. Diese Öffnung zur nicht-islamischen Umwelt ist dabei keineswegs gleichbedeutend mit einer Abwendung von der Religion.

In „Fuenf32“ wird diese Mischung aus aktiver Integration und konservativ-religiösem Bezug auf die Gemeinschaft der Muslime deutlich. Zudem geht es Ammar 114 um das Image der Muslime in Deutschland.

In dem Stück greift er aktuelle Fälle von Jugendgewalt auf – darunter den Überfall auf einen Rentner in der Münchener U-Bahn, der im Dezember 2007 die Kampagne von Roland Koch im hessischen Wahlkampf anfeuerte, ein imaginäres Selbstmordattentat sowie den „Ehrenmord“ an Rukiye P. und deren Tochter im März 2007:

„Ihr habt brutal auf ihn eingeschlagen, ihn niedergetreten. Er lag am Boden, hatte

Angst um sein Leben, und all das nur wegen 'nem kleinen Streit. (...) Ganz Deutschland konnte diese Bilder in den Nachrichten sehen. Zwei junge Männer, die in der U-Bahn auf 'nen alten Mann losgehen. Und schon begann die Diskussion über kriminelle Ausländer, im Radio, in der Zeitung und auf jedem Fernsehsender. Wisst ihr eigentlich, wie feige ihr seid, wenn ihr so 'ne Scheiße betreibt?

Wollt euch beweisen und macht einen auf breit. Mit euren Fäusten wollt ihr euch Respekt erkämpfen, denn Schläge verteilen ist leichter, als den Kopf zu senken, die Stimmen zu dämpfen, leichter als nachdenken, sich in der Schule anzustrengen. Stattdessen lasst ihr euch hängen, wollt Probleme verdrängen. Wo soll das Ganze enden? Man, wann werdet ihr kapiere, so wird euch niemand jemals wirklich respektieren. (...)

Allah hat uns das Leben gegeben, uns aufgetragen, jedem Leben mit Respekt entgegenzutreten, kein Le-

ben zu nehmen. Weswegen missachtet ihr diese Regeln? Wollt ihr euch wirklich mit dem Schöpfer anlegen? (...)

Der Teufel spielt und zockt, er flüstert uns ein. Er macht auf lieb und lockt uns mit dem Schein. (...) Wir lassen uns blenden und denken: er ist ein Freund. Doch nein, er ist und bleibt unser größter Feind!

Er war gefrustet von dem Leid und der Ungerechtigkeit, die weltweit seinen Glaubens-

EHRENMORD
**Auf offener Straße
am heiligsten Tag**

Bewaffnet mit einem Messer, vollstreckte er die grausame Tat. Mit 12 Stichen hat er sie attackiert. Das gemeinsame Kind stand daneben und wurde traumatisiert. Er hat es ignoriert, übergoss das Opfer mit Benzin. Ihr ganzer Körper ging in Flammen auf, sie hat laut geschrien. Die Nachbarn haben es miterlebt, sie haben alles gesehen. Er bedrohte jeden der versuchte, dazwischen zu gehen. Er schaute zu wie sie verbrannte, er nannte sie Schlampe.

„Sie hat es nicht anders verdient“
war sein einziger Gedanke. Sie hat sich von ihm getrennt, hat sich scheiden lassen. Denn sie konnte ihn und seine Schläge nicht mehr verkraften. Sie war 24 Jahre alt. Dieser Idiot bereut nichts, nein er freut sich über ihren Tod...

FREE MP3-DOWNLOAD
www.FUENF32.de

Flyer für das neue Album von Ammar 114

geschwistern widerfährt. Er war empört, fühlte sich am Boden zerstört. Zu groß war die Last, die täglich sein Herz erschwert. Er fühlte sich machtlos und dachte ständig daran, was er bloß gegen diese Machtlosigkeit machen kann. Er lernte Leute kennen, die ihn auf neue Gedanken brachten. Radikale, die ihm sagten: er muss jeden Kafir [Ungläubigen] hassen, die Gesellschaft verachten, sie ist schlecht, wir sind im Krieg. Jedes Mittel sei recht auf dem Weg zum Sieg. Wir sind die Guten, wir kämpfen für Gott, sie sind die Bösen. Er ließ sich blenden und folgte ihren teuflischen Theesen. Wer nicht so dachte wie sie, ist kein Muslim, sondern Verräter. Sie machten aus dem Jungen einen Selbstmordattentäter. Nach kurzer Zeit meinten sie, es ist soweit, sein Ticket ins Paradies liegt bereit. Er ist

ein heiliger Kämpfer, er glaubte jedes Wort. Mit der Zündung in der Hand betrat er den Tatort. So viele Menschen wie möglich sollten mit ihm draufgehen. Er schloss die Augen senkte den Kopf und drückte den Knopf. (...)

Die ganze Welt schaut auf uns, ist entsetzt. In den Medien wird schon wieder gehetzt. Du hast die Tücken des Teufels unterschätzt. Hörst du wie er triumphiert? Er ist der Einzige, der von deiner feigen Tat profitiert. Er hat dich manipuliert und in die Irre geführt. Du hast deinem Ego gedient, warst blind und frustriert. Und was ist jetzt? Du hast deinem Frust ein Ende gesetzt, aber Gottes Gesetze verletzt. Was willst du sagen, wenn du vor deinem Schöpfer stehst? Ist dir klar, welche Sünde du auf deinen Schultern trägst?"



© Mideast Youth

„Hartnäckig Fragen stellen“

Mideast Youth ist eine Initiative, die Mut macht. Hier diskutieren junge Araber, Iraner, Israelis und Kurden über die Situation in ihren Ländern und die diversen regionalen Konflikte. „Im Nahen Osten haben wir eins gelernt: Dass Freiheit nicht mit Kanonenläufen zu erreichen ist“, schreiben die Macher des Online-Portals. „Freiheit wird nicht nur dadurch verwirklicht, dass Tyrannen abgesetzt oder Regime umgestoßen werden. Freiheit ist abhängig von einem Netzwerk von Institutionen, von denen es viele bei uns bis jetzt nicht gibt. Wir von *Mideast Youth* widmen uns einem Aspekt, der notwendig ist,

damit sich Freiheit entwickeln kann – und dies ist die Freiheit der Rede.“

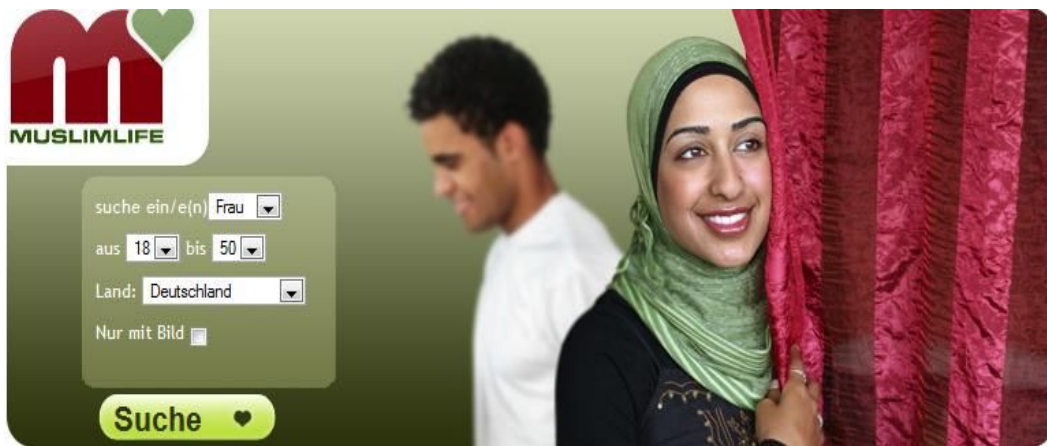
Ob aus Ägypten, dem Libanon, dem Iran oder Israel – in den Beiträgen geht es nicht nur um den Konflikt in Israel und Palästina, sondern auch um den Anstieg der Lebensmittelpreise in Kairo, um islamischen Feminismus und die Situation in Darfur. Die Maßgabe der Beiträge ist dabei immer gleich: „Ask hard questions“, hartnäckig Fragen zu stellen – und zwar vor allem auch sich selbst und der eigenen Community.

Dies ist auch die Botschaft der T-Shirts, die *Mideast Youth* kreiert hat: „Dies ist nicht mein Islam“ heißt es unter dem Bild eines Mannes, der den Koran in der einen und eine Kalaschnikow in der anderen Hand hält. [Hier](#) geht es zu der Seite, die nicht nur informieren, sondern auch zu Diskussionen anregen will.

Muslimische Partnersuche

Ein Thema, das auch junge religiöse Muslime beschäftigt, ist die Suche nach einem passenden Ehepartner. Mittlerweile gibt es mehrere deutschsprachige Partnerbörsen, die sich an junge Muslime wenden.

Die Notwendigkeit eines solchen Services wird mit den spezifischen Problemen begründet, denen Muslime in einer nicht-islamischen Umwelt bei der Partnersuche begegnen. Einige Betreiber solcher Angebote werben daher ausdrücklich damit, dass sie dabei helfen, einen „wahrhaft gottesfürchtigen“ Partner zu finden.



Partneragentur Muslimlife

Eines dieser Angebote ist die kommerzielle Kontaktagentur *Muslimlife*. In ihrer Selbstdarstellung schreiben die Betreiber der Agentur:

„In der Praxis erweist sich die Partnerwahl für Muslime in Europa äußerst schwierig. Die Auswahl an potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten für eine Eheschließung ist stark eingeschränkt. Vor allem in ländlichen Gebieten, wo die Anzahl der Muslime gering ist. Insbesondere Muslime mit Migrationshintergrund entschließen sich in so einem Falle einen Ehepartner im Ausland, sprich im Heimatland, zu suchen. Jedoch zeigen sich in solchen Ehen kulturelle Unterschiede und Verständnisprobleme auf,

obwohl die Ehepartner dieselbe Sprache beherrschen.“ ([hier](#))

Im Internet finden sich weitere Seiten, die einen solchen Service bieten – in der Regel kostenlos. Auf der Seite des *Muslim-Markts* zählt die Rubrik „Muslim-Heirat“ zu den beliebtesten Angeboten des Online-Portals. Auch hier ist der Service allerdings nicht ganz selbstlos, schließlich steigert er die Popularität des Portals, auf dem für Veranstaltungen und Positionen aus dem schiitisch-islamistischen Spektrum geworben wird.

Zur Partnersuche heißt es hier: „In Anlehnung an eine Überlieferung des Heiligen Propheten empfehlen wir jedem unserer

Geschwister bei der Auswahl des Lebensgefährten im wesentlichen auf dessen Gottesehrfurcht und nicht auf Faktoren wie Reichtum und scheinbare äußerliche Schönheit zu achten, denn derjenige, der seinen Ehepartner aufgrund von Schönheit oder Reichtum auswählt, wird beides früher

oder später verlieren, während derjenige, der seinen Ehepartner aufgrund von Gottesehrfurcht auswählt, sowohl ihre Schönheit als auch Reichtum gewinnen wird.“

Der *Muslim-Markt* bietet auch Ratschläge, was man bei einer Partnersuche im Internet beachten müsse. Etwa für den Fall einer Scheidung:

„Die islamische Eheschließung ist vergleichsweise einfach möglich. In einem islamischen System sind mit der Eheschließung auch Pflichten verbunden für den Fall der Trennung (z.B. Unterhalt). Da wir nicht in einem islamischen System leben, können

derartige Rechte aber mit einer rein islamischen Eheschließung nicht eingefordert werden. Daher empfiehlt der *Muslim-Markt* dringend, auch die standesamtliche Eheschließung durchzuführen! Dadurch ist für die Frau gesichert, dass sie nicht so einfach 'sitzen gelassen' werden kann, falls sie viel für Ihren Mann aufgibt. Und für den Mann ist gesichert, dass er auch nach einer ggf. Trennung Zugang zu den Kindern erhält, was sonst nicht ohne weiteres gegeben ist.

Es ist bedauerlicherweise eine Tatsache, dass der Missbrauch ohne Standesamt größer ist, als der Missbrauch mit Standesamt.

Verweigert ein möglicher Partner die standesamtliche Heirat, dann ist auf jeden Fall große Vorsicht geboten, denn es gibt nur sehr wenige begründete Fälle, bei denen die standesamtliche Trauung Nachteile bringen könnte (z.B. bei einer Witwe, die Witwenrente erhält)."

Ein weiterer Punkt, den man beachten sollte, ist der Aufenthaltsstatus des möglichen Partners. Dazu der *Muslim-Markt*:

„Ein Bruder oder eine Schwester, die genau dann zu heiraten gedenkt, wenn die Aufenthaltserlaubnis abläuft, läuft Gefahr, nicht heiratsrelevante Absichten mit in die Ehe zu bringen. Daher ist besondere Vorsicht geboten. Ganz besondere Vorsicht ist geboten, wenn überhaupt keine Aufenthaltserlaubnis vorliegt und die Anfrage möglicherweise zudem aus dem Ausland kommt. Wir sehen keinen einzigen vernünftigen und damit islamischen Grund, warum ein Mann, der in einem muslimischen Land lebt, eine

Muslima aus Deutschland, Österreich oder der Schweiz zu heiraten begehrt, obwohl es doch so viele Schwestern in seiner direkten Umgebung gibt, die auch das Recht haben, einen muslimischen Mann zu heiraten.“

Gerade Frauen sollten daher vor einer Eheschließung Rat einholen: „In einer islamischen Familie ist bei der ersten Heirat einer Frau das Einverständnis des Vaters wichtig. Dadurch hat der Bewerber eine zusätzliche ‚Hürde‘ zu überwinden und kann die Unerfahrenheit einer noch nicht verheiratet gewesenen Frau weniger ausnutzen. Diese ‚Hürde‘ ist bei hiesigen Schwestern zu meist nicht gegeben, da die Väter in einigen Fällen nichts mit dem Islam zu tun haben. Daher empfehlen wir sehr dring-

gend, dass die betroffene Schwester eine ihr nahe stehende muslimische Familie mit einschaltet und zurate zieht (...). Ein ernsthafter seriöser Kandidat wird sich nicht davor scheuen!“ ([hier](#))



Partnersuche auf Muslim-Markt.de

Halal und Haram: Ein Gütesiegel für Muslime

Sahnetorten, Fruchtsäfte, Gummibärchen – die Liste der Nahrungsmittel, die wegen ihrer Inhaltsstoffe für religiöse Muslime verboten sein könnten, umfasst mehr als nur Alkohol und Schweinefleisch. Zwar gehen die meisten Muslime eher individuell mit den re-

ligiösen Nahrungsmittelgeboten um – viele essen auch Schweinefleisch oder trinken Alkohol.

Andere hingegen nehmen es da sehr viel genauer: Für sie sind die koranischen Normen auch in Bezug auf Nahrungsmittel ein zentrales Merkmal ihres Muslimseins – Lebensmittel müssen daher „statthaft“ sein.

Der arabische, allerdings allen Muslimen weltweit vertraute Begriff für „statthaft“ oder „religiös Erlaubtes“ lautet „halal“. Informationen darüber, welche Speisen denn nun garantiert „halal“ sind und welche Getränke „haram“, also für einen religiösen Muslim verboten sein könnten, sind insbesondere für Muslime in nicht-islamischen Gesellschaften bedeutsam.

Für deutsche Muslime gibt die Seite *halal.de* Auskunft. Dort findet man als muslimischer Verbraucher ausführliche Informationen etwa über Gelatine-Rückstände auch in solchen Lebensmitteln, die eigentlich gar keine Gelatine enthalten (Gelatine wird meist unter Verwendung von Schweineknöcheln hergestellt). Oder es gibt Hinweise auf Ersatzprodukte für diejenigen, die auf die geliebten Gummibärchen nicht verzichten mögen (eine immer wiederkehrende Frage auf vielen Internetforen muslimischer Jugendlicher).

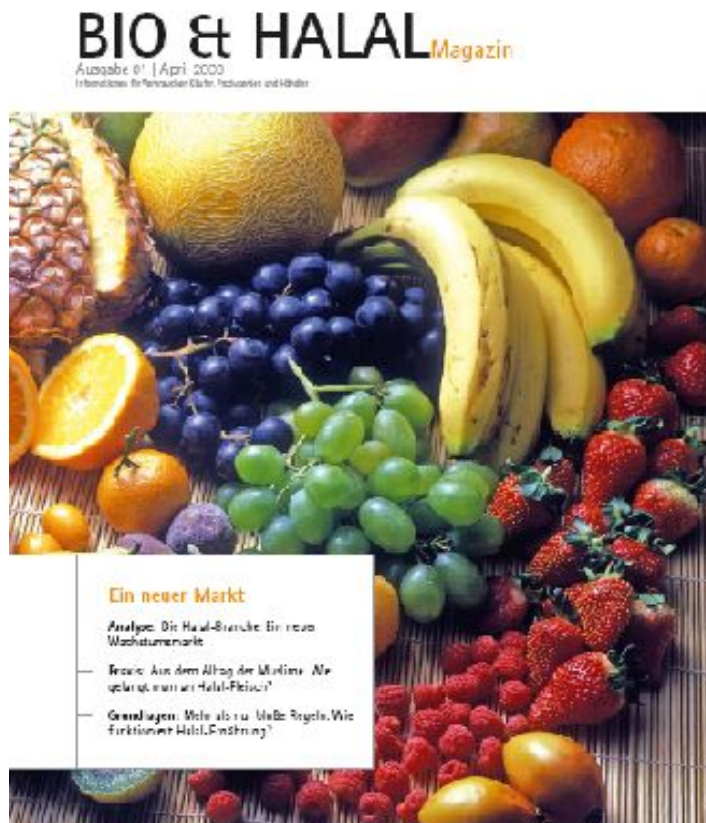
Wer darüber hinaus in Sachen „halal oder haram“ bei Lebensmitteln ganz sicher gehen möchte, kann sich an einem eigens einge-

richteten Zertifikat orientieren: In Rüsselsheim prüft das lebensmitteltechnische Institut *Halal Control* Nahrungsmittel auf „Verbotenes“ und vergibt das *Halal-Control-Label* – ein Gütesiegel, das „für die strikte und professionelle Durchführung der Lebensmittelzertifizierung nach sehr hohen Halal-Standards (Malaysian Halal Standards MS 1500: 2004)“ garantieren soll.

Dass es dabei indes nicht nur um „korrektes“ Essen und Trinken geht, verdeutlicht die Zusammenarbeit von *Halal Control* mit dem *Islamologischen Institut* (Frankfurt/Wien). So heißt es in einer auf den Seiten von *Halal Control* erscheinenden Erläuterung dieses als sehr konservativ geltenden Instituts:

„Der individuelle Umgang mit Verantwortung (als Muslim) reflektiert sich unter anderem in der bewussten und freiwilligen Beachtung des Normenkodex für Halal und Haram: Muslime verstehen die islamische Lebensweise als Prüfung, der sie von ALLAH (ta'ala) unterzogen werden und deren Bestehen oder Nicht-Bestehen Folgen im

Jenseits hat. Durch das Halal- und Haram-Prinzip lernt der Mensch, seine niederen Instinkte bewusst und gezielt zu kontrollieren und seine Neigungen durch den Einsatz der Vernunft zu zügeln. Muslime richten ihr gesamtes Leben und Handeln nach den Vorgaben des allwissenden, allgnädigen Schöpfers und nicht nach dem oft ungerechten und



Neue Märkte: Cover des "Bio & Halal"-Magazins

wechselhaften Gutdünken der fehlbaren Geschöpfe. Der Islam ist eine Lebensweise, die alle Bereiche des menschlichen Daseins umfasst und regelt und deshalb auch Auswirkungen auf alle Lebensbereiche hat. Die Beachtung der Halal-Gebote durch Muslime ist somit obligatorisch nicht nur im bekannten Bereich Ernährung (Schweinefleisch- und Alkoholverbot), sondern ebenso im Bekleidungs-, Sozial-, Erziehungs- und Bildungssektor, im Bereich Wirtschaft und Finanzen (Vertragswesen, Bankgeschäfte, Versicherungen, etc.) und allen anderen Ebenen. Muslime unterwerfen sich freiwillig dem von ALLAH (ta'ala) gesetzten Normenkodex und somit ihrem Schöpfer ALLAH (ta'ala), sie geben sich hin und handeln entsprechend SEINEN Richtlinien, und genau dies ist Islam."

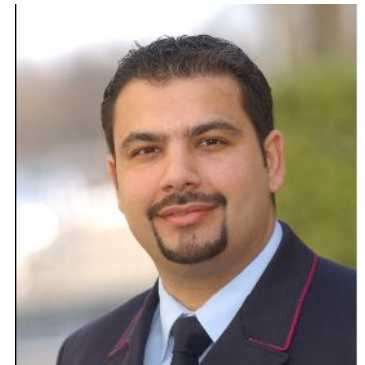
Das hier zum Ausdruck kommende fundamentalistische Islamverständnis ist charakteristisch für das meist bei sehr religiösen und vielen politisch aktiven Muslimen ausgeprägte Anliegen, die Besonderheiten ihrer Religion in Politik und Alltag hervorzuheben. Äußerlich erkennbare Unterscheidungsmerkmale wie zum Beispiel Nahrungsmittelvorschriften erhalten dabei große Bedeutung – vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die Mehrzahl der Muslime solche Vorschriften eher flexibel interpretiert.

Trotzdem bemühen sich viele Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie um das Halal-Label für ihre Produkte (und verfahren damit ähnlich wie große Finanzinstitute, die ihren muslimischen Kunden mittlerweile zinsfreies, als „islamisch“ etikettiertes Banking anbieten). Sie setzen dabei auf ihre „muslimische“ Kundschaft – schließlich ist das Zertifikat laut *Halal Control* „in Europa sowie in den arabischen und den meisten asiatischen Ländern, einschließlich Australien verbreitet (...) und für Hersteller, die im internationalen und globalisierten Markt tätig sind (...) mittlerweile ein Garant für erfolgreiche B2B Geschäfte geworden.“ So erscheinen auf der *Liste* der Kooperationspartner von *Halal Control* so illustre Namen wie *Bayer*, *Nestle* und *BASF*.

4. PORTRÄT

'Das Engagement in der Feuerwehr ist ein Zeichen für Integration'

Orhan Bekyigit ist seit 18 Jahren in der Freiwilligen Feuerwehr in Wiesloch bei Heidelberg aktiv. Hauptberuflich ist er Leiter einer Werksfeuerwehr. Als Sohn türkischer Einwanderer ist er einer der wenigen Migranten, die in Deutschland in der Feuerwehr engagiert sind. Im Gespräch mit ufuq.de erklärte er uns, warum der Deutsche Feuerwehrverband zukünftig gezielt auf junge Migranten zugehen will.



Orhan Bekyigit

In den Tagen nach der Brandkatastrophe von Ludwigshafen im Februar war oft von Anfeindungen die Rede, denen die Feuerwehr von türkischen Jugendlichen ausgesetzt war. Unterscheidet sich das Bild der Feuerwehr bei deutschen und nicht-deutschen Jugendlichen?

Die Situation nach Ludwigshafen war eine Ausnahme. Bisher haben wir noch keine Zustände wie in Frankreich, wo es auch zu Übergriffen kommt. Aber es war ganz wichtig, dass nach Ludwigshafen schnell reagiert wurde – von beiden Seiten. Die Feuerwehr und die türkischen Verbände haben viel getan, um die Spannungen abzubauen. Man warf der Feuerwehr ja vor, sie sei zu spät gekommen und hätte zu langsam gehandelt.

Das Problem ist, dass türkische Jugendliche überhaupt keinen Bezug zur Feuerwehr haben. So etwas wie die Freiwillige Feuerwehr gibt es in der Türkei nicht. Und auch

hier in Deutschland haben die meisten keine Chance gehabt, etwas über die Feuerwehr zu lernen. Man hat ganz andere Hobbies – und es fehlen die persönlichen Bezüge. Sobald es Kontakte gibt – wie zum Beispiel in meiner Gemeinde in Wiesloch – ist das Interesse sehr groß.

Dabei hilft auch, deutlich zu machen, dass es sich um ein Ehrenamt handelt. Viele denken ja, die Leute machen das beruflich. Wenn ihnen dann klar wird, dass die das unbezahlt machen, dass die das machen, weil sie Menschen retten wollen, dann erntet man großen Respekt. Für Türken spielt „Ehre“ ja eine wichtige Rolle.

Nur wenige Tage nach dem Brand in Ludwigshafen beschloss der Deutsche Feuerwehrverband, verstärkt auf jugendliche Migranten zuzugehen und den Kontakt zu Migrantenvereinen zu suchen. Können Institutionen wie die Feuerwehr eine Rolle bei der Einbindung von Migranten in der Gesellschaft spielen?

Nach Ludwigshafen musste schnell gehandelt werden, aber das eigentliche Problem gibt es schon lange. Es ist ja auch ein demographisches Problem: Das „typische“ deutsche Kind wird immer seltener und der Anteil der Migrantenkinder immer größer. Gerade in kleinen Gemeinden brauchen wir aber ständig Nachwuchs. Deswegen haben wir zum Beispiel in Wies-

loch schon vor Jahren reagiert und versucht, jugendliche Migranten zu gewinnen.

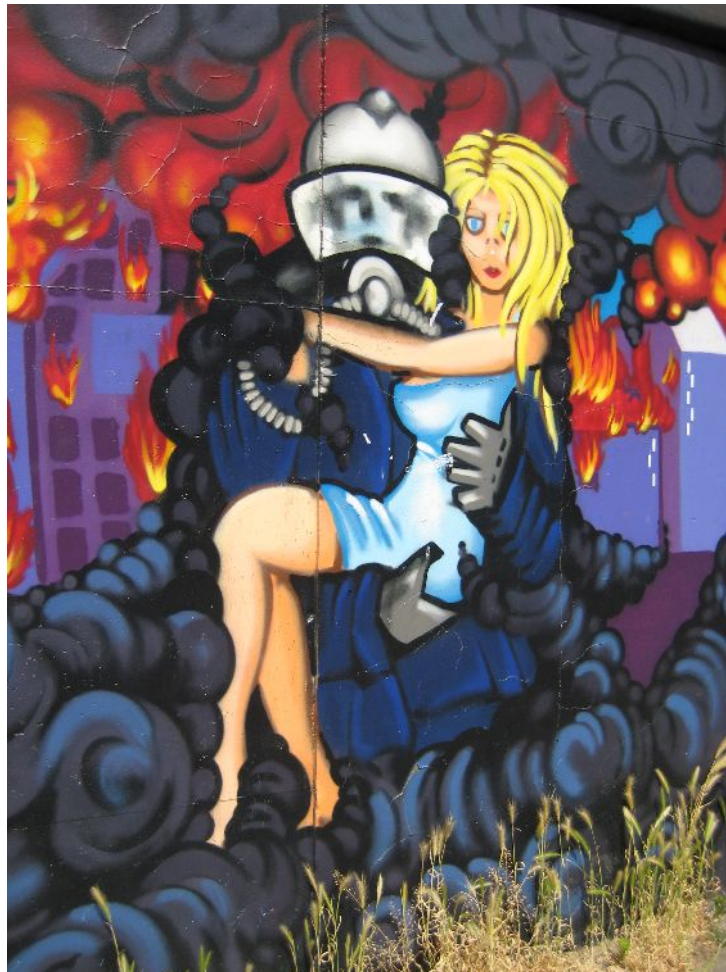
Man darf sich aber nichts vormachen: Es ist schwierig, diese Brücken zu schlagen. Wir spüren nun die Auswirkungen einer verfehlten Integrationspolitik der letzten 40 Jahre. Die Familien haben sich abgeschottet und von der deutschen Seite wurde das gefördert. Man tat auch auf deutscher Seite nichts, um solche Brücken zu bauen.

Schauen Sie sich an, was die Leute unter Integration verstehen. Für viele heißt Integration, Schweinefleisch zu essen. Ich höre oft: „Die Ausländer grenzen sich ja ab. Man sieht

die abends ja nie in der Wirtschaft!“ Na und?! Das Engagement in einer Hilfsorganisation wie der Feuerwehr wäre ein besserer Maßstab, um zu messen, ob jemand integriert ist. Dann ist es völlig egal, ob man Kopftuch trägt oder nicht. Auf der deutschen Seite gibt es eine falsche Vorstellung davon, was gelungene Integration heißen könnte.

Sie arbeiten mit in dem EU-Projekt „Mehr Vielfalt in den Feuerwehren“, in dem es dar-

um geht, das Bild der Feuerwehr als „weiß und männlich“ aufzubrechen. Gibt es Beispiele für eine gute Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und Migrantenvereinen?



*„Weiß und männlich“:
Graffiti-Motiv an der Feuerwache Berlin-Kreuzberg*

Auch die Feuerwehr hat ein Interesse daran, dass sich Migranten engagieren. Wenn sie zum Beispiel zu einem Rettungseinsatz bei einer türkischen Familie fahren, macht es einen großen Unterschied, ob ein türkischer Kollege dabei ist. Nicht, weil die Leute Vorbehalte hätten, sondern weil es die Verständigung erleichtert und Vertrauen schafft.

Ein Beispiel: Die Kollegen regen sich oft darüber auf, dass sofort vier Autos hinter dem Krankenwagen hinterher rasen, wenn jemand aus einer türkischen Familie ins Krankenhaus gebracht wird. Und dann steht die ganze Familie im Krankenhaus im Gang und ist aufgeregt. Das wird man nicht ändern können, aber man kann es den Kollegen erklären. In türkischen Familien gibt es ein anderes Verhältnis untereinander, und vielleicht ist man aufgeregter und besorgter. Das hat aber nicht damit zu tun, dass man den Rettungskräften oder den Ärzten misstraut oder ihnen sogar drohen will. Wenn man dann einfach zu denen sagt: „Das geht Sie nichts an, gehen Sie hier weg!“ – dann kann es Probleme geben.

In vielen Orten versucht die Feuerwehr mittlerweile über Fußballvereine, Schulen oder Moscheen Kontakte aufzubauen, um sich kennenzulernen. Diese Kontakte sind sehr wichtig, und sie können natürlich auch von der anderen Seite ausgehen. Jede Jugendfeuerwehr freut sich, wenn man sich an sie wendet und mit Jugendlichen vorbeikommt.

5. MATERIALIEN

Broschüre: „Umgang mit muslimischen Jugendlichen und Eltern“ in Schulen

„Grundinformationen zum Islam und Anregungen zum Umgang mit muslimischen Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern“ will eine Broschüre vermitteln, die der nordrhein-westfälische Integrationsbeauftragte

Thomas Kufen (CDU) Anfang Februar herausgab. (Die Broschüre ist bereits vergriffen, kann aber [hier](#) als PDF heruntergeladen werden.) Die Handreichung soll „vor allem Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern aber auch Eltern die Hintergründe für Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern nahebringen“. Ziel ist es, leichteren Zugang zu den muslimischen Kindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern zu erlangen, damit „schwierigen Situationen, in denen sich Kinder zwischen der religiösen Erziehung und der familiären Verbundenheit auf der einen Seite und der schulischen und gesellschaftlichen Realität auf der anderen Seite befinden“, besser begegnet werden könne. Die von Lamy Kad-dor und Jörgen Nieland erstellte Handreichung soll, so Kufen, „vor allem Impulse zu einer Verstärkung der Erziehungspartnerschaft von Schule und Elternhaus geben.“

Mit einer kurzen Einführung wird zunächst ein Grundwissen über den Islam vermittelt, denn „Wissen über die Religionen und Traditionen der Schüler mit Zuwanderungsgeschichte kann eine große Hilfe für die angemessene und notwendige Reaktion auf fremde und ungewöhnliche Verhaltensweisen, Einstellungen und Bedürfnisse sein“. Anschließend folgen zwölf Kapitel zu einzelnen Themen wie: Minderheitenproblematik, Alltagsgestaltung und Festtage, Speisegebote, Bedeutung der Familie, geschlechterspezifisches Rollenverständnis, Kleidungsvorschriften, Sportunterricht und Klassenfahrten, oder zur Rolle von Moscheegemeinden und zum islamischen Religionsunterricht. Jedes dieser Kapitel ist in fünf Teile gegliedert: Informationen zu den religiösen Hintergründen schließen sich jeweils Bemerkungen zur nicht selten von der islamischen Lehre abweichenden praktischen Umsetzung im Elternhaus an. Dann geht es um die Verhaltensweisen von Jugendlichen, die in diesen religiös-kulturellen Vorstellungen begründet sind. Abschließend folgen die auf Schule und Unterricht zielenden Abschnitte 'Anregungen und Fragen' sowie 'Mögliche Lösungsvorschläge'.

Wertvoll ist die Broschüre vor allem wegen

der vielen Beobachtungen und Beispiele aus dem pädagogischen Alltag. Sehr deutlich wird hier auf die Problematik hingewiesen, die mit bestimmten religiös geprägten Überzeugungen, Traditionen und Verhaltensweisen verbunden sein kann. So werden im Abschnitt ‚Minderheiten‘ zwar auch Forderungen an die Mehrheitsgesellschaft formuliert, Minderheiten endlich stärker anzuerkennen

Der Integrationsbeauftragte
der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



Herausforderungen und Chancen in Bildungseinrichtungen
Grundinformationen zum Islam und Anregungen zum Umgang
mit muslimischen Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern.

von Lamya Kaddor und Jürgen Nieand

www.integrationsbeauftragter.nrw.de

Broschüre zur Arbeit mit muslimischen Schülern

und zu respektieren – etwa durch die Berücksichtigung von nicht-christlichen Feiertagen. Andere Vorschläge zielen dagegen auf die Vermeidung der Entstehung von sich abgrenzenden Gruppen – etwa im Sportunterricht, in der Projektarbeit oder durch Freizeitangebote. An anderer Stelle wird konstatiert, dass „selbstständiges Hinterfragen oder gar Nachlesen in Sachen Religion für

Schüler fremd und unnötig ist“. Sich etwa Gott vorzustellen oder sich Gedanken über sein Wirken zu machen, sei für viele muslimische Schüler tabu, oder „haram“, wie sie sagen.

Wenn man sich indes nur auf den Hodscha oder den Imam verlässt, „scheint es unmöglich, ein kritisches Gespür zu entwickeln“. Hier klingt das Problem einer nicht nur in Fragen der Religion anzutreffenden Autoritätsgläubigkeit an – und es sei eben die öffentliche Schule, die als „derzeit einzige Instanz“ solchen Tendenzen entgegenwirken könne. So könne islamischer Religionsunterricht dazu beitragen, Schüler zum „eigenständigen Nachdenken anzuregen und einfach hingegenommene Dinge zu hinterfragen“.

Dass der Broschüre einige Problemanalysen etwas pauschal geraten, lässt sich bei dem vielschichtigen Themenkomplex kaum vermeiden – schon der Titel dürfte manchem etwas zu paternalistisch klingen. So kritisierte die *Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG)* in einer Stellungnahme solche Aussagen der Broschüre, in denen einzelne Probleme muslimischer Schüler in der Schule auf deren Religionszugehörigkeit zurückgeführt werden. Deutlich wird an diesen Einwänden auch, dass es nicht zuletzt um eine Auseinandersetzung über die Deutungshoheit geht, was denn nun muslimisch ist – und welche Probleme tatsächlich auf „den Islam“ und welche eher auf die Lebens- und Glaubenspraxis von Muslimen zurückzuführen sind. ([hier](#))

Zu einem positiveren Urteil kommt ein Beitrag auf dem Online-Portal *islam.de* des *Zentralrats der Muslime*: Hervorgehoben wird hier zum Beispiel, dass die Handreichung bei Problemen im Sport- und Schwimmunterricht „sensible“ Reaktionen, „verständnisvolles Eingehen“ und eine „geschickte Organisation“ des Unterrichts als Lösungsvorschläge ins Spiel bringt: „Alles in allem“, heißt es, sei dies „eine gelungene Broschüre mit vielen Ansätzen zu klärenden Gesprächen, die Vorurteile abbauen und eine Vertrauensbasis schaffen helfen“. ([hier](#))

6. BERICHTE AUS DEM PROJEKT

Notizen zur Theaterpädagogik mit Schülern einer 7. Klasse

von Yilmaz Atmaca

Im Rahmen des bpb-Projekts „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen“ arbeite ich als Theaterpädagogin mit Schüler/innen der siebten Klasse einer Gesamtschule in Berlin-Neukölln. Mehr als 90% der Schüler/innen sind dort migrantischer Herkunft. Zur Illustration einiger typischer Themen und Kommunikationsstrukturen, die nicht nur in der Schule zu Konflikten führen können, dokumentiere ich im Folgenden kurze Dialoge, die sich in der Gruppe entwickelten:

Leiter: „Ich würde gerne mit euch die Geburt der Menschheit darstellen!“

Ali: „Wie meinen sie das? Der Mensch wurde vom Allah erschaffen!“

Sibel: „Spinnt du! Der stammt vom Affen ab!“

Leiter: „Es ist doch egal: Wenn du glaubst, dass der Mensch von Allah erschaffen wurde, dann spiele es so, wie du es für richtig hältst. Und du Sibel, wie du es für richtig hältst.“

Ali: „Die Lehrer wollen uns beibringen, dass der Mensch vom Affen stammt!“

Leiter: „Und was sagt ihr dazu?“

Ali: „Nichts. Wir hören nur zu!“

Leiter: „Warum diskutiert Ihr nicht mit den Lehrern!“

Ali: „Wenn wir mit ihnen diskutieren, dann schreien sie uns an. Wir hören zu und sagen dann ‚Ja,Ja‘ ...“

Offenbar werden im Unterricht nicht alle Meinungen geäußert. Und da die Schüler glauben, dass ich eher „einer von Ihnen“ bin, da ich von außerhalb der Schule komme, reden sie offener als mit ihren Lehrern. Nur so lassen sich bestimmte Haltungen und Positionen erst erkennen. Wie zum Beispiel das Denken über das Judentum - so be-

schimpfen sich bereits die Siebtklässler gegenseitig mit „Du Jude!“:

Leiter: „Ist ‚Jude‘ für euch eine Beleidigung?“

Massiv (er nennt sich so): „Ja, man!“

Leiter: „Das sind doch auch Menschen wie wir, oder?“

Massiv: „Ja, aber die bringen unser Volk um!“

Leiter: „Habt ihr mal einen Juden kennen gelernt?“

Massiv: „In der Schule hatten wir einen! Den haben sie auf dem Schulhof zusammen geschlagen. Der ist nie wieder gekommen!“

Leiter: „War er ein schlechter Mensch?“

Massiv: „Weiß ich nicht. Er war Jude!“

Leiter: „Sind alle Juden schlechte Menschen?“

Massiv: „Man, die hassen uns. Die israelischen Soldaten bringen unschuldige Menschen um!“

Leiter: „Das heißt aber nicht, dass alle Juden das unterstützen... Ich möchte euch was fragen: ‚Bin ich ein guter Mensch oder ein Arschloch?‘“

Viele: „Nein man, du bist okay!“

Leiter: „Und was, wenn ich euch sage: ‚Ich bin Jude?‘“

– STILLE –

Mehmet: „Ja, aber, wenn ein Schüler zu uns ‚Muselmann‘ sagt und sich lustig macht, dann ist es okay. Aber wenn wir zu jemandem ‚Jude‘ sagen, dann kriegen sie einen Wutanfall. Finden Sie das gut?“

Vorurteile haben wir alle. Aber ohne darüber zu sprechen – und das heißt auch, ohne sie zum Ausdruck zu bringen –, bekommen wir gar nicht erst die Gelegenheit, über unsere Vorurteile nachzudenken oder sie zu überwinden.

In einer anderen Unterrichtsstunde störte ein Schüler die ganze Zeit meine Arbeit, weshalb ich ich später die Lehrerin darüber informierte. Eine Woche später sagte dieser Schüler zu mir, dass ich ihn verpetzt und verraten hätte und ein anderer Schüler erklärte, dies sei „haram“ – also religiös unstatthaftes Handeln. Ich erwiderte, er möge

mich nicht belehren was „haram“ und was „halal“ (erlaubt) sei – „haram“ sei es schließlich, die Arbeit anderer Menschen zu stören! Danach wurde ich nie wieder mit dem Wort „haram“ für irgendetwas beschuldigt.

Wie aber können Lehrer reagieren, die sich mit diesen Begriffe und den hinter ihnen stehenden Vorstellungen nicht auskennen? Mein Eindruck ist, dass die Schüler diese Unwissenheit und die entsprechende Unsicherheit nutzen, indem sie mit solchen Begriffen spielen und sich gerne auf den Islam zurückziehen.

Ein Beispiel dafür war auch eine Situation, in der es um Körperübungen ging. Ich bat die Schüler, ihren Brustkorb auszudehnen und einzuziehen. Darauf hin sagte eine Schülerin, dass sie das nicht tun möchte. Ich ahnte ihre Antwort, fragte aber trotzdem nach: „Warum?“

Die Antwort gab ein anderer Schüler: „Das ist ehrlos“. Ich fragte noch einmal: „Warum?“

Mehmet: „Damit verletzt sie die Ehre ihrer Familie!“

Leiter: „Indem sie ihre Brüste rauszieht? Was ist überhaupt Ehre?“

Ali: „Sie wissen schon, was Ehre ist?“

Leiter: „Nein, ich weiß es nicht. Sagt mir bitte was Ehre ist.“

Ali: „Man sie reden sowie die ...!“

Leiter: „Wie rede ich?“

Ali: „Na, wie die Deutschen!“

Leiter: „Ich bin aber kein Deutscher. Was ist Ehre für euch?“

Mehmet: „Zum Beispiel: Wenn ein Mädchen sich mit einem Jungen auf der Straße trifft, dann macht sie die Ehre ihrer Familie dreckig!“

Ahmet: „Wenn meine Schwester so was macht, dann schlage ich die beiden!“

Leiter: „Was ist daran so schlimm, wenn eure Schwester sich mit anderen trifft? Das bedeutet ja nicht, dass sie gleich mit ihm schläft!“

Ali: „Ich habe doch gesagt, dass Sie anders sind. Haben Sie keine Schwester?“

Leiter: „Doch, habe ich.“

Ali: „Was, wenn ihre Schwester sich mit einem Kerl trifft. Werden sie nichts tun?“

Leiter: „Sie hat mir ihren Freund vorgestellt.“

Ali: „Wie?“

Leiter: „Als ich in Istanbul war, da hat sie ihn mir vorgestellt. Es ist besser, ihn kennenzulernen und ihm zu zeigen, dass sie einen Bruder hat, der für sie da ist. Es ist besser zu wissen, mit wem sie ausgeht, als gar keine Ahnung zu haben. Hast du eine Schwester, Ali?“

Ali: „Ja, aber sie ist immer zu Hause.“

Leiter: „Und Du bist 24 Stunden mit ihr zusammen?“

Ali: „Nein, aber ich kriege alles mit.“

Leiter: „Gib mir bitte eine ehrliche Antwort. Glaubst du, dass, wenn sie es wirklich will, sie es nicht schaffen würde, sich mit einem Jungen zu treffen?“

Ali: „Ja, wenn sie es will, dann wird sie es irgendwie hinkriegen.“

Leiter: „Und wenn sie sich mit einem Jungen treffen sollte, heißt das ja nicht gleich SEX!“

Provokative Positionen und Fragen sind sehr wichtig – sie fordern die Schüler auf, über ihr Verhalten und ihre Ansichten nachzudenken. Dabei kommt es meiner Erfahrung nach weniger darauf an, als Pädagoge immer „das Richtige“ zu sagen – wichtiger ist es meist, überhaupt in einen Dialog zu treten, die Auseinandersetzung aufrecht zu erhalten und die Jugendlichen sprechen zu lassen.

(Yilmaz Atmaca, Mitarbeiter im bpb-Projekt „Jugendkultur, Religion und Demokratie“)

Impressum:

ufuq.de – Jugendkultur und politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft, Dieffenbachstr. 74, 10967 Berlin, info@ufuq.de.

Redaktion: Götz Nordbruch und Jochen Müller.

Der Newsletter erscheint sechs- bis achtwöchentlich und wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) finanziert. Der Newsletter ist hervorgegangen aus dem bpb-Modellprojekt „Jugendkultur, Religion und Demokratie. Politische Bildung mit jungen Muslimen in Berlin-Neukölln und Essen-Katernberg/-Altendorf“.